



Brüssel, den 6. Dezember 2018
(OR. en)

15206/18

FIN 970

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Komm.dok.:	15021/18 - COM(2018) 901 final
Betr.:	Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments zur Stärkung von Schlüsselprogrammen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Finanzierung haushaltspolitischer Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der anhaltenden Herausforderungen der Migration, des Flüchtlingszustroms und der Sicherheitsbedrohung

1. Die Kommission hat dem Rat am 30. November 2018 einen Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments übermittelt.
2. Mit diesem Vorschlag sollten die verfügbaren Finanzmittel des Haushaltsplans der Union für 2019 über die Obergrenze der Rubrik 3 (*Sicherheit und Unionsbürgerschaft*) hinaus um 985,63 Mio. EUR zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich Migration, Flüchtlinge und Sicherheit aufgestockt werden.
3. In der Trilog-Sitzung vom 4. Dezember 2018 haben das Europäische Parlament und der Rat im Rahmen des Paketentwurfs, der aus dem zweiten Entwurf des Haushaltsplans für 2019 und den Entwürfen von Erklärungen besteht (s. Anlage 1 des Dokuments 15205/18), eine Einigung *ad referendum* über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments erzielt.

Zusätzlich zum Kommissionsvorschlag einigten sie sich darauf, die verfügbaren Finanzmittel des Haushaltsplans der Union für 2019 über die Obergrenze der Teilrubrik 1a (*Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung*) hinaus um 178,71 Mio. EUR zur Stärkung von Schlüsselprogrammen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU aufzustocken.

Infolge dieser Einigung wird das Flexibilitätsinstrument im Haushaltsjahr 2019 für einen Gesamtbetrag in Höhe von 1 164,3 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen in Anspruch genommen.

4. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wurde am 5. Dezember 2018 über die politische Einigung über diesen Paketentwurf unterrichtet.
5. Daher wird der Ausschuss der Ständigen Vertreter ersucht, dem Rat zu empfehlen, die Einigung über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments zu bestätigen und folglich den Text des Beschlusses in der Fassung der Anlage anzunehmen.

BESCHLUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments zur Stärkung von Schlüsselprogrammen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Finanzierung haushaltspolitischer Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der anhaltenden Herausforderungen der Migration, des Flüchtlingszustroms und der Sicherheitsbedrohungen

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 2. Dezember 2013 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung¹, insbesondere auf Nummer 12,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Flexibilitätsinstrument dient dazu, genau bestimmte Ausgaben zu finanzieren, die innerhalb der verfügbaren Grenzen einer oder mehrerer Rubriken nicht getätigt werden können.
- (2) Die Obergrenze für den jährlich für das Flexibilitätsinstrument zur Verfügung stehenden Betrag beträgt gemäß Artikel 11 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates² 600 000 000 EUR (zu Preisen von 2011) und wird gegebenenfalls durch gemäß Absatz 1 Unterabsatz 2 des genannten Artikels zur Verfügung gestellte verfallene Beträge erhöht.
- (3) Um Schlüsselprogramme für die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und die anhaltenden Herausforderungen der Migration, des Flüchtlingszustroms und der Sicherheitsbedrohung zu bewältigen, müssen zur dringenden Finanzierung dieser Programme und Maßnahmen umfassende zusätzliche Beträge zur Verfügung gestellt werden.

¹ ABl. C 373 vom 20.12.2013, S. 1.

² Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 des Rates vom 2. Dezember 2013 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2014-2020 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 884).

- (4) Nach Prüfung aller Möglichkeiten einer Mittelumschichtung innerhalb der Ausgabenobergrenzen der Teilrubrik 1a (*Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung*) und der Rubrik 3 (*Sicherheit und Unionsbürgerschaft*) ist es notwendig, das Flexibilitätsinstrument zur Ergänzung der verfügbaren Finanzmittel des Gesamthaushaltsplans der Union für das Haushaltsjahr 2019 über die Obergrenze der Teilrubrik 1a hinaus mit 178 715 475 EUR in Anspruch zu nehmen, um Schlüsselprogramme für die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, und über die Obergrenze der Rubrik 3 hinaus mit 985 629 138 EUR in Anspruch zu nehmen, um Maßnahmen im Bereich Migration, Flüchtlinge und Sicherheit zu finanzieren.
- (5) Auf der Grundlage des erwarteten Zahlungsprofils werden die dieser Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments entsprechenden Mittel für Zahlungen über mehrere Jahre verteilt zur Verfügung gestellt.
- (6) Um die rasche Inanspruchnahme der Mittel zu ermöglichen, sollte dieser Beschluss ab dem Beginn des Haushaltsjahres 2019 gelten –

HABEN FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

- (7) Im Rahmen des Gesamthaushaltsplans der Union für das Haushaltsjahr 2019 wird das Flexibilitätsinstrument in Anspruch genommen, um 178 715 475 EUR an Mitteln für Verpflichtungen in die Teilrubrik 1a (*Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung*) und 985 629 138 EUR an Mitteln für Verpflichtungen in die Rubrik 3 (*Sicherheit und Unionsbürgerschaft*) einzustellen.

Der im ersten Unterabsatz genannte Betrag wird zur Stärkung von Schlüsselprogrammen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Finanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung der anhaltenden Herausforderungen der Migration, des Flüchtlingszustroms und der Sicherheitsbedrohung verwendet.

(8) Auf der Grundlage des erwarteten Zahlungsprofils werden die dieser Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments entsprechenden Mittel für Zahlungen wie folgt geschätzt:

(a) 2019: 548 740 834 EUR

(b) 2020: 257 223 207 EUR

(c) 2021: 135 194 558 EUR

(d) 2022: 140 942 662 EUR

(e) 2023: 82 243 352 EUR

Die einzelnen Beträge der Mittel für Zahlungen für jedes Haushaltsjahr werden im Rahmen des jährlichen Haushaltsverfahrens genehmigt.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner *Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Er gilt ab dem 1. Januar 2019.

Geschehen zu Brüssel am [...]

Im Namen des Europäischen Parlaments

Im Namen des Rates

Der Präsident

Der Präsident
